



Das gehört zusammen: Die Willkommengesten der Bundeskanzlerin einschließlich der Selfies mit Flüchtlingen haben vermutlich viele dazu verleitet, sich aus ihrer Not durch Flucht nach Deutschland zu befreien. Jetzt kommt die Retourkutsche: Abschiebung nach Afghanistan zum Beispiel, für viele davon Betroffene hochriskant. (Siehe zum Beispiel [hier](#)) Der Zusammenhang ist nicht zu übersehen, übrigens genauso wenig wie jener zwischen den offenen Armen Angela Merkels und dem Deal mit Erdogan, Flüchtlinge aus Griechenland wieder zurückzunehmen. **Albrecht Müller.**

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

http://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/161215_Erst_offene_Arme_dann_Abschiebung_NDS.mp3

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

Im Sommer 2015 zerbrach hierzulande manche politische Freundschaft wegen einer sehr unterschiedlichen Bewertung von Merkels offenen Armen. Ich kritisierte zum Beispiel Merkels Motiv, mit der Willkommenskultur ihr heruntergekommenes Image verbessern zu wollen. Dies war wegen des menschenfeindlichen Umgangs der deutschen Bundesregierung, namentlich Merkels und Schäubles, mit Griechenland international auf einem Tiefpunkt angelangt. Die offenen Arme haben dieses negative Image schlagartig korrigiert.

Man konnte damals schon wissen, dass diese Art von Willkommenskultur nicht durchzuhalten sein wird und dass sie Gegenreaktionen, sogar aus den Reihen der gleichen Regierung, auslösen wird. Jetzt soll es zu massenhaften Abschiebungen kommen. Das betrifft auch Menschen, die schon lange vor dem Willkommen der Bundeskanzlerin nach Deutschland gekommen waren. Sie alle sind betroffen.

Der Hinweis auf das Drängen des CSU-Vorsitzenden Seehofer und des CDU-Innenministers entbindet nicht von der Verantwortung. Als Bundeskanzlerin sollte man die möglichen Konsequenzen des eigenen Tuns gesehen haben. Auch die menschlichen und tödlichen Konsequenzen der Abschiebung. Beides gehört zusammen. Wenn der Geist des Willkommens noch wach sein sollte, dann muss das auch Konsequenzen für die Praxis der Abschiebung haben.